

URGENT ACTION

NACH ABSCHIEBUNG: AUFENTHALTSORT UNBEKANNT SÜDSUDAN

UA-Nr: UA-082/2025-1 AI-Index: AFR 65/0989/2026 Datum: 11. Mai 2026 – sd

JOSÉ MANUEL RODRÍGUEZ-QUIÑONES

KYAW MYA

THONGXAY NILAKOUT

TUAN THANH PHAN

Wo sind José Manuel Rodríguez-Quiñones, Thongxay Nilakout, Kyaw Mya und Tuan Thanh Phan? Die vier Männer aus Myanmar, Kuba, Laos und Vietnam wurden im Mai 2025 im Rahmen von Massenabschiebungen der US-Regierung in den Südsudan abgeschoben. Seit zehn Monaten werden sie willkürlich an einem unbekanntem Ort festgehalten, der Kontakt zu ihren Rechtsbeiständen ist massiv eingeschränkt. Die südsudanesischen Behörden müssen sofort den Aufenthaltsort der vier Männer bekanntgeben.

José Manuel Rodríguez-Quiñones, Thongxay Nilakout, Kyaw Mya und Tuan Thanh Phan wurden im Mai 2025 im Rahmen einer groß angelegten Abschiebekampagne der USA abgeschoben. Nach einem mehrwöchigen Aufenthalt in einem US-Militärstützpunkt in Dschibuti sind sie seit Juli 2025 willkürlich an einem unbekanntem Ort im Südsudan inhaftiert.

José Manuel Rodríguez-Quiñones stammt aus Kuba und kam 1995 in die USA. Er verlor seine Green Card, nachdem er in einem Strafverfahren verurteilt worden war. Kyaw Mya stammt aus Myanmar und kam 2007 als Flüchtling in die Vereinigten Staaten. Thongxay Nilakout kommt aus Laos und kam 1980 ebenfalls als Flüchtling in die USA, Tuan Thanh Phan aus Vietnam lebte dort seit 1991 als Flüchtling. Die vier Männer wurden zusammen mit vier anderen abgeschoben, sie sind ohne rechtliche Grundlage oder Klarheit hinsichtlich ihres Rechtsstatus von den südsudanesischen Behörden inhaftiert. Dies verletzt internationale Menschenrechtsnormen. Die Männer hatten wochenlang keinen Zugang zu ihren in den USA ansässigen Rechtsbeiständen. Auch danach konnten die Rechtsbeistände nur eingeschränkt und unter Aufsicht mit ihren Mandanten telefonieren. Ihr Anwalt in Juba hatte hingegen überhaupt keinen Zugang zu ihnen und konnte auch nicht mit ihnen kommunizieren. Auch zehn Monate nach ihrer Ankunft in Südsudan haben die dortigen Behörden, trotz der Bemühungen der Rechtsbeistände, keine offiziellen Informationen zum genauen Aufenthaltsort der vier Männer bekanntgegeben.

Die Inhaftierung der vier Männer ohne freien Zugang zu ihren Rechtsbeiständen ist ein Verstoß gegen das Völkerrecht und könnte Folter und anderen Misshandlungen Vorschub leisten, was die Sorge um ihre Gesundheit und ihr Wohlergehen noch verstärkt.

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

2025 startete US-Präsident Donald Trump eine groß angelegte Abschiebekampagne, die sich gegen Millionen von Migrant*innen und Menschen auf der Suche nach Sicherheit richtet. Im Rahmen dieser Kampagne wurden acht Männer – von denen nur einer aus dem Südsudan stammte – nach einem wochenlangen Rechtsstreit in den Südsudan abgeschoben. Zwei der acht Männer wurden seither aus der Haft entlassen, darunter Jesús Muñoz Gutiérrez, der nach Mexiko zurückgeführt wurde. Die US-Regierung ist auf der Grundlage des Völkerrechts dazu verpflichtet, dafür zu sorgen, dass durch ihre Einwanderungspolitik keine Menschenrechtsverletzungen begangen werden oder das Risiko solcher Verletzungen erhöht wird. Die USA haben zwar die Befugnis, die Einwanderung zu regulieren, müssen dies jedoch im Rahmen ihrer internationalen Menschenrechtsverpflichtungen tun.

AMNESTY INTERNATIONAL Deutschland e. V.

Urgent Actions

Sonnenallee 221 C . 12059 Berlin

T: +49 30 420248-0 . E: ua-de@amnesty.de . W: www.amnesty.de/ua

Spendenkonto: SozialBank AG . IBAN: DE23 3702 0500 0008 0901 00

BIC: BFSWDE33XXX .

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



In einer am 10. Mai 2025 unterzeichneten diplomatischen Note zwischen den USA und dem Südsudan erklärte sich der Südsudan bereit, „die betroffenen Personen in einer Weise zu behandeln, die mit den völkerrechtlichen Verpflichtungen im Bereich der Menschenrechte im Einklang steht“. In einer Verbalnote vom 12. Mai 2025 ersuchte die südsudanesische Regierung die Vereinigten Staaten unter anderem um die Aufhebung der gegen den damaligen ersten Vizepräsidenten Benjamin Bol Mel verhängten Sanktionen. Außerdem bat sie um die Aufhebung von Visabeschränkungen für südsudanesische Staatsangehörige, um die Reaktivierung eines Bankkontos bei der New Yorker Zentralbank sowie um Unterstützung bei der Strafverfolgung des vorherigen ersten Vizepräsidenten und Oppositionsführers Riek Machar, der seit März 2025 unter Hausarrest steht. Im September 2025 berichtete ein Nachrichtenportal, dass die südsudanesischen Behörden die Existenz eines Abkommens mit den USA über die Aufnahme von Drittstaatsangehörigen dementierten.

Im Südsudan steht zivilgesellschaftliches Engagement nach wie vor unter Druck, und die Beteiligung an legitimen zivilgesellschaftlichen Aktivitäten wird mit willkürlichen Festnahmen, langen Inhaftierungen, Folter und außergerichtlichen Tötungen bestraft. Sicherheitsinstitutionen und Behörden des Südsudans, insbesondere der Nationale Sicherheitsdienst (NSS), schikanieren und verfolgen systematisch Angehörige der Zivilgesellschaft und Personen, die Kritik an der Regierung üben. Obwohl der NSS weiterhin in Menschenrechtsverletzungen verwickelt ist, ließ Präsident Kiir im August 2024 einen Gesetzentwurf in Kraft treten, der die missbräuchlichen und verfassungswidrigen Befugnisse des NSS zur Festnahme und Inhaftierung aufrechterhält. Nach Artikel 159 der südsudanesischen Übergangsverfassung von 2011 hat der NSS eigentlich den Auftrag, klassische nachrichtendienstliche Tätigkeiten durchzuführen und „sich auf die Sammlung von Informationen, die Analyse und die Beratung der zuständigen Behörden zu konzentrieren“.

SCHREIBEN SIE BITTE E-MAILS, X-NACHRICHTEN ODER BRIEFE MIT FOLGENDEN FORDERUNGEN

- Ich fordere Sie auf, unverzüglich den Aufenthaltsort von José Manuel Rodríguez-Quiñones, Kyaw Mya, Thongxay Nilakout und Tuan Thanh Phan bekanntzugeben, ihnen uneingeschränkten und unbeaufsichtigten Zugang zu ihren Rechtsbeiständen, einschließlich lokaler Rechtsbeistände, zu gewähren und unverzüglich die rechtlichen Gründe für ihre Inhaftierung anzugeben.
- Ich fordere Sie außerdem auf, dafür zu sorgen, dass die Wünsche der Betroffenen nach einer dauerhaften Lösung berücksichtigt werden; unter anderem durch den Zugang zum UNHCR, zur IOM, zur nationalen Menschenrechtskommission und zu anderen zuständigen Stellen. Sofern eine faire und effiziente Prüfung des Schutzbedarfs stattgefunden hat und der Grundsatz der Nicht-Zurückweisung (non-refoulement) nicht verletzt wird, sollten die Herkunftsländer die vier Männer so schnell wie möglich zurückholen.

APPELLE AN

AUSSENMINISTER

Ambassador James Pitia Morgan
Minister of Foreign Affairs and International Cooperation
(Anrede: Dear Ambassador James Pitia Morgan / Sehr geehrter Herr Minister)

E-Mail: info@mofaic.gov.ss

X: [@MoFA_SouthSudan](https://twitter.com/MoFA_SouthSudan) / [@mofaicss](https://twitter.com/mofaicss)

KOPIEN AN

BOTSCHAFT DER REPUBLIK SÜDSUDAN

S.E. Herrn Gum Dominic Matiok
Leipziger Platz 8
10117 Berlin

E-Mail: dominic.gum7@gmail.com

Bitte schreiben Sie Ihre Appelle **möglichst sofort**. Schreiben Sie in gutem Englisch oder auf Deutsch. Wir bitten Sie, nach dem **11. September 2026** keine Appelle mehr zu verschicken.

Weitere Informationen zu **UA-082/2025** (AFR 65/0280/2025, 18. September 2025)

PLEASE WRITE IMMEDIATELY

- I urgently call on you to immediately disclose the whereabouts of Jose Manuel Rodriguez-Quinones, Kyaw Mya, Thongxay Nilakout, and Tuan Thanh Phan, grant them unmonitored and full access to their legal representatives, including local counsel, and immediately clarify the legal grounds of their detention.
- I further urge you to ensure that individuals' wishes for a durable solution are facilitated including through access to UNHCR, IOM and the national human rights commission and other relevant bodies, and if, following a full and fair assessment, there is no breach of the principle of non-refoulement, we urge the states of the men's countries of origin to expedite their repatriation.

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



HINTERGRUNDINFORMATIONEN - FORTSETZUNG

Im Laufe des am 15. Dezember 2013 im Südsudan ausgebrochenen Konflikts hat der NSS zunehmend an Macht gewonnen und fungiert de facto mittlerweile als Polizeitruppe mächtiger Eliten. NSS und Militärgeheimdienst halten Hunderte von Menschen, überwiegend Männer, in verschiedenen Haftanstalten im ganzen Land fest. Amnesty International hat Fälle von Folter und anderen Misshandlungen in mindestens drei der größten Haftanstalten in der Hauptstadt Juba dokumentiert. Außerdem hat die Organisation Fälle dokumentiert, in denen Personen vom NSS inhaftiert und bedroht wurden, weil sie ihre Meinung frei geäußert und Kritik an der Regierung geübt hatten oder den Eindruck vermittelten, gegen die Interessen mächtiger Eliten zu handeln. Auch Angehörige von Inhaftierten können ins Visier geraten. Sie laufen ebenfalls Gefahr, überwacht und möglicherweise inhaftiert zu werden, wenn der NSS ihre Äußerungen oder ihr Verhalten missbilligt.

